



B R I V

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

1. Januar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 1

1932 - Proletariat, dein Weg!

Das deutsche Volk hat unter dem Schutze des durch Notverordnung erlassenen Burgfriedens sein Weihnachtsfest — das Fest der Liebe — (Boxheimer Dokument) mit Tannenbaum und „Stille Nacht“ gefeiert. Es hat zum Schluß des Jahres seinen üblichen Silvester-Rummel mit Punsch, Pfannkuchen, Bleigießen und Trompetenschall von den Türmen hinter sich.

Es hat auf den Straßen und in den Lokalen sein „Prosit Neujahr“ geschrien und kann nun allmählich wieder nachdenken wie gut und wie schlecht es ihm geht und welche Aussichten für das neue Jahr bestehen.

Das Institut für Konjunkturforschung, eine bürgerliche Institution, sagt in seinem Quartalsheft Nr. 3 vom 14. Dezember 1931 dem deutschen Volke unverblümt was ist:

„Die Weltwirtschaft ist in vollster Auflösung.

Produktion und Umsatz schrumpfen immer weiter zusammen. Unaufhaltsam steigt daher die Arbeitslosigkeit.

Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat zugenommen. Die Kreditpanik hat sich von Mitteleuropa über Großbritannien auf die ganze Weltwirtschaft übertragen.

Von dieser Krise der Währung sind 39 Länder, die mehr denn die Hälfte des Welthandels umfassen, betroffen.

In Deutschland kann man zwar nicht von einer Währungs- und Kreditkrise sprechen, aber von einer starken Ausdehnung des Reichsbankkredit bei gleichzeitigem Gold- und Devisenschwund.

Das Arbeitseinkommen ist in Deutschland seit 1929 um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ gesunken, im letzten Jahre um mehr denn 6 Milliarden.

Die Flut protektionistischer Maßnahmen der jüngsten Zeit muß zu einem weiteren Rückgang des Welthandels führen.

Die weitere Preisentwicklung wird von der Gestaltung der Kreditverhältnisse ungünstig beeinflusst werden.

Von einer Konsolidierung der Weltwirtschaft ist nichts zu sehen. Die Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Monaten weiter erheblich steigen, vom Hunger ganz zu schweigen, der im Rückgang des Arbeitseinkommens begründet ist. Ein Rückgang, der so groß ist, wie noch nie in der Geschichte der Krise der letzten 50 Jahre.

Ob es sich um die Kurse europäischer oder um die Kurse südamerikanischer und australischer Staats- und Kommunalanleihen handelt, ob es der Außenhandelsumsatz ist oder das Absatzbarometer, alle Kurven des Heftes versinken in bodenlosen Klüften.

Das sind die Feststellungen der bürgerlichen Konjunkturforschung in Heft 3 vom 14. Dezember 1931.

In diesen Feststellungen spricht die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft der bürgerlichen Wirtschaft ihr Todesurteil.

Die bürgerliche Wirtschaft beruht auf der kapitalistischen Profitwirtschaft. Niemals wird jedoch der Kapitalismus sich selbst aufgeben. Er wird um sein Bestehen ringen.

Die Bestialität des kapitalistischen Systems schreitet über Berge von Leichen hinweg, um seine Herrschaft behaupten zu können.

Profit schreit Moloch Kapitalismus, sonst verhungere Menschheit. Um Profite herauszuwirtschaften wurde unter eifrigster Befürwortung der Führer des ADGB die Rationalisierung in Deutschland durchgeführt. Dadurch wurden ungeheure Warenvorräte erzeugt. Ohne für den dadurch notwendig gewordenen Mehrabsatz irgendwie Aussicht zu haben oder dafür Sorge zu tragen, die Mehrausgaben der rationalisierten Betriebseinrichtungen wettzumachen, mußten erhöhte Profite herausgewirtschaftet werden.

Bei vermindertem Absatz erhöhter Profit bedeutete, den Lohn der Arbeitenden herabzudrücken, bedeutete, die Kaufkraft der breiten Masse zu vernichten. Selbst das zum Leben

dringend Notwendige wie Getreide und Baumwolle findet nicht mehr genügend Absatz, da keine Kaufkraft vorhanden ist.

Während man Millionen Menschen buchstäblich verhungern läßt, während Millionen Menschen in Lumpen gehüllt einherlaufen, vernichtet man hunderttausende Tonnen Getreide, Baumwollstauden, läßt ganze Schiffsladungen Kaffee und Getreide versenken, da der Aasgeier Profit sonst nicht auf seine Kosten kommt.

Trotz Ueberflusses an allem herrscht Elend und größte Not. Das Hungertuch ist internationales Banner geworden.

Das Fasziertum dieser kapitalistischen Profitwirtschaft ist ein Erwerbslosentum von mehr denn 30 Millionen, wovon allein auf Deutschland mehr denn 5 Millionen entfallen.

Einmal ausgestoßen aus dem Produktionsprozeß haben diese keine Aussicht, je wieder Arbeit zu erhalten.

Die Verzweiflung bricht sich Bahn; die noch in Arbeit Stehenden sehen das Gespenst der Arbeitslosigkeit täglich vor Augen.

Das gesellschaftliche Leben hat sich totgelaufen. Korruption, Lüge und Betrug sind die zwangsläufigen Erscheinungen dieser Zeit. Klassenjustiz, Notverordnungen und Ausnahme Gesetze unterdrücken den Schrei nach Brot und Arbeit. Banken krachen in allen Ländern. In England und einigen anderen Ländern wurde der Goldstandard außer Kraft gesetzt. Dieses zog finanzielle Verwicklungen in anderen Staaten nach sich; Konkurse und Betriebs-schließungen sind alltäglich.

Das Kapital fließt in Händen einiger Wenigen. Konferenzen der Bankiers, Reparations- und Stillhalte-Verhandlungen, sowie Sachverständigen-Ausschüsse tagen unzählige, um den Weg zu finden, das kapitalistische, dem Tode geweihte System wieder auf die Beine zu bringen.

Das ist das Fasziertum des letzten Jahres.

Was wird 1932 werden?

Das ist die bange Frage, die überall auftaucht.

Die politischen Ereignisse der letzten Zeit in Deutschland haben gezeigt, was dem deutschen Proletariat bevorsteht, wenn es sich nicht auf sich selbst besinnt.

Seit Wochen spricht die Öffentlichkeit und das Ausland von Hitler als das wichtigste politische Ereignis. Man spricht von einer Nebenregierung.

Das Programm derselben ist durch das angebliche private Dokument des Dr. Best in Boxheim, der nebenbei bemerkt noch Mitglied des Staatsgerichtshofes ist, und der kürzlich gehaltenen Rede Strassers in Stuttgart, klar umrissen.

Strasser sagte: „Wir gehen in keine Regierung, wo wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem deutschen Volke einmal etwas vorexerzieren. Wir wollen die legale aber brachiale Gewalt im Staate.“

Deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm geschieht. Wir werden zeigen, was man mit der Presse, und vor allem mit dem Rundfunk machen kann, wenn man die Gewalt in Händen hat.

Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineingreifen, sondern jeden Unternehmer frei schalten lassen, der nicht gegen das allgemeine Interesse verstößt.

Marxisten und demokratische Republikaner gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen.

Wer sich zu irgendeiner Internationale bekennt, hört auf Deutscher zu sein. Wer etwa wagen sollte, „Heil Moskau“ zu rufen, wird aufgehängt.

Komme uns ja keiner, wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren, kommt der Endkampf. Wenn wir versagen, kommt der Bolschewismus, das wissen wir.

Und weil wir wissen, daß dann wir gehängt werden, sind wir so frei vorher zu hängen und wenn wir bis an die Knöchel in Blut stehen müssen um Deutschland willen. — Entweder leben und befehlen wir oder die anderen leben und befehlen und dann krepieren wir.“

Diese Rede und das Boxheimer Dokument vom Erschießen — Erschießen in Verbindung mit den Wahlen des letzten Jahres und der Anbiederung der Zentrumsparlei, sowie der SPD, zeigen, daß nicht nur die Möglichkeit der Mitregierung der Faschisten in Deutschland erwogen wird, sondern die Voraussetzungen dafür forciert herbeigeführt werden sollen. Was in Italien, Polen, Ungarn und Rumänien Tatsache ist, soll auch in Deutschland geschaffen werden.

Adolf preist sich mit vielen Worten als der Messias an, der die Menschen in das Paradies führen wird, aber vorher durch ein Meer von Blut waten will. Millionenmassen entwirrt, verzweifelt durch den sichtbaren Bankrott des kapitalistischen Systems, möchten das Rad der Geschichte zurückgedreht haben. Sie möchten zurück zu den alten, guten Zeiten. Sie flüchten zu dem „starken Mann“, der es schon machen wird. Das ist der konterrevolutionäre Faschismus, der aus der Verzweiflung über die Wirtschaftskrise erwächst.

Alle Legalitätsbeteuerungen Hitlers und seine Ansprüche, nichts davon zu wissen, während er immer wieder in gleichem Atemzuge betont, daß nichts in dieser Bewegung geschehe, ohne daß er es weiß oder billigt, bestärken nur, was oben gesagt wird. Seine Interviews mit ausländischen Berichterstattern, seine Verbindungsaufnahme mit dem Auslande durch seinen Adjutanten Rosenberg sollen dazu dienen, die öffentliche Meinung des Auslandes davon zu überzeugen, daß die Uebernahme der Macht durch die Nazis eine Notwendigkeit geworden ist.

Die Haltung der SPD, und des ADGB, die offen aussprechen, auch eine Regierung, in der die Nazis sitzen, zu tolerieren, bestärken Hitler in seiner Auffassung.

Die Forderungen der Hitler'schen Partei an das Zentrum in Hessen für eine Regierungsbildung und das Dreiviertel-Zugeständnis des Zentrums zeigen, daß nichts mehr im Wege steht.

Mit einer solchen Regierungsbildung wird dem Großkapital der Weg gebahnt, noch schärfer die Ausbeutung der Arbeiterklasse durchführen zu können.

Die Stunde reift heran, wo die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe, die ihr auf Grund der ökonomischen Verhältnisse zugewiesen ist, zu erfüllen hat. Die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse bedingen starke Klassengegensätze. Die Klassengegensätze und damit der Klassenkampf wachsen mit der Zuspitzung der Krise, mit der immer stärker werdenden Erschwerung der herrschenden Klasse, ihren Profit zu sichern.

Diese Tatsachen haben wir als revolutionäre Arbeiter zu erkennen. Auf der anderen Seite steht die Front von Wels bis Hitler, die zu überwinden Aufgabe des Proletariats sein muß.

Die Arbeiterschaft muß, wenn sie nicht völlig niedergedrückt werden will, wenn sie nicht immer wieder das Kanonenfutter für den wirtschaftlichen und schließlich militärischen Krieg abgeben will, sich eine neue Welt bauen. Diesem Kämpfergeist, der hierfür nötig ist, entspricht es auch nicht, daß sie auf den großen Tag wartet, wo es „losgeht“. Der große Tag muß vorbereitet werden durch zähe Arbeit, durch den täglichen Widerstand gegen Unternehmerwillkür und Reaktion.

Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, sich der Verzweiflung hinzugeben, sie hat vielmehr die Verpflichtung, sich zu sammeln unter den Fahnen des Klassenkampfes, um gewappnet zu sein zur Endauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Die Jugend unserer Bruderorganisation, des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe, hatte beschlossen, am 25. Dezember ds. Js. eine

Wintersonnenwend-Feier

zu veranstalten.

Auf Grund der Notverordnung wurde diese verboten und findet nunmehr am Sonntag, dem 10. Januar in den Atlantik-Sälen, Berlin N, Badstr. (Bahnhof Gesundbrunnen) statt. / Saaleröffnung 3 nachmittags, Anfang 4 Uhr. / Die zum 25. ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit. / Kollegen aller dem Bund angeschlossenen Organisationen, vornehmlich alle Jugendgenossen, antworten mit Massenbeteiligung!

Der Weg der freien Gewerkschaften

Seit geraumer Zeit haben die freien Gewerkschaften mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen.

Diese Arbeitsgemeinschaft dient nicht etwa dem eigentlichen Zweck einer Gewerkschaft, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitgliedschaft zu erzielen, sondern zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, zur Mithilfe bei der Lohnabbauoffensive des Unternehmertums, zu den verschiedensten Rettungsmaßnahmen der Regierung durch Notverordnung.

Die letzte Notverordnung hat das Tarifrecht außer Kraft gesetzt, ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge erfolgte der Abbau der Löhne. Die Gewerkschaften beschränkten sich auf Warnungen und lendenlahme Proteste.

Die Wünsche der Spitzenverbände der Unternehmer, die diese immer wieder äußerten, wurden erfüllt. — Die Rundfunkrede des Herrn Dr. Brüning brachte zwar zum Ausdruck, daß er bei Durchführung seiner Notverordnungen sich von keiner Seite beeinflussen lasse.

Die freien Gewerkschaften, die bis dato ihren Mitgliedern gegenüber ihre Notwendigkeit durch Abschluß von Tarifen zu beweisen versuchten, haben sich auch damit abgefunden, daß das Tarifrecht außer Kraft gesetzt wurde. — 5000 bestehende Tarife sind mit einem Federstrich durch die Regierung abgeändert worden, Löhne und Gehälter wurden gesetzlich festgelegt.

Eine Aufforderung, gegen diese Festlegung zu kämpfen, bedeutet Gesetzesverletzung.

„Der Vorwärts“ betont, die Maßnahmen der Notverordnungen seien staatskapitalistischer Natur; die Tolerierung dieser Maßnahmen bedeutet daher Mitarbeit am Staatskapitalismus.

Die Notverordnung bestimmt, daß Streiks bis zum 30. April 1932 verboten sind. Die Schlichter haben weiterhin das Recht, dieses Streikverbot bis zum 1. Oktober auszuüben.

Die Gewerkschaftsführer haben diese Notverordnung als das kleinere Übel anerkannt und damit die Erklärung abgegeben „wir verzichten auf das Streikrecht“. In Wirklichkeit war ihnen ja schon seit Jahren jeder Streik ein Dorn im Auge, weil ja Wirtschaftskämpfe das kapitalistische System erschüttern können und sie sich doch als Arzt des kranken Kapitalismus um dessen Gesundung bemühen, d. h. dem Kapital helfen, die Arbeiterklasse immer weiter in ihrer Existenz herabzudrücken.

Mit der Parole „Rettung vor dem wirtschaftlichen Chaos“ hat man die Gewerkschaftsmitglieder seit langem für die Notwendigkeit der Tolerierung beeinflusst.

Der Klassenkampfcharakter der freien Gewerkschaften ist begraben. Wenn die Schlichtungsordnung schon das Streikrecht beschränkte, so hat die jetzige Notverordnung jeden Streik zu einem politischen Akt gegen ein bestehendes Gesetz gemacht. Daher ist Propagierung von Streiks gleichbedeutend mit Hochverrat.

Da man nun auch das Tarifrecht außer Kraft gesetzt hat, sind damit auch die freien Gewerkschaften überflüssig.

In Konsequenz dieser Entwicklung ist es daher kein Wunder, daß die Führer der freien Gewerkschaften bemüht sind, auch die organisatorischen Trennungen aufzuheben, die bisher zwischen den gelben Christen, Hirschen und freien Gewerkschaften noch in ihrem Programm bestanden. Man will daher die Arbeitsgemeinschaft mit den Hirschen und Christen in eine einheitliche Organisation umwandeln.

In Nummer 49 des Gewerkschaftsblattes bereitet Leipart diese organisatorische Vereinigung vor. Die „Hirsche“ haben bereits Forderungen gestellt für eine Vereinigung und zwar: parteipolitische Neutralität, Sicherung der religiösen Glaubensfreiheit und Ablehnung jeder Arbeit für die Revolution und Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen im Dienste des Staates und der Nation.

Leiparts Antwort darauf ist eine glatte Annahme der Bedingungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und die Bestätigung der ADGB-Führung, die freie Gewerkschaftsführung aufzugeben.

Leipart schreibt: „Je weiter sich jedoch die Gewerkschaften entwickelten, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über ihre Eigenart und ihre Aufgaben fortschritt, je reiner sie ihren Zweck herausbildeten, je vollkommener sie ihn erfüllten und ihre Methode ihrer Wesensart gemäß gestalteten, um so näher kamen sie dem Augenblick, in dem sie die Umklammerung durch parteipolitische Einflüsse abstreifen und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchsetzen konnten.“

Damit ist die erste Forderung parteipolitischer Neutralität erfüllt.

Leipart sagt weiter: „Die religiöse Glaubensfreiheit des Mitgliedes muß gegen jeden Zweifel sichergestellt sein. Besteht doch keinerlei Anlaß, zu befürchten, daß das Erfüllsein des Mitgliedes mit Impulsen, die echter religiöser Überzeugung entspringen, dem Zweck der Gewerkschaften zuwider und seiner Erfüllung hinderlich sein könnte.“

Damit ist die Sicherung der religiösen Glaubensfreiheit ausgesprochen.

Zu III sagt Leipart: „Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist aus schwerwiegenden Gründen durchaus positiv, aber nicht nur das, sondern die Gleichung der Stellung der Gewerkschaften aller Richtungen im System der modernen kollektiven Arbeitsfassung, die das Fundament ihres positiven Verhältnisses zum Staatswesen bilden, hat auch die Unterschiede zwischen ihnen abermals verringert und die Voraussetzungen für ihre Einheit verbessert.“

Mit diesen Aussprüchen will Leipart beweisen, daß die freien Gewerkschaften und die „Hirsche“ gleiche Ziele haben und sich deshalb auch vereinigen können. Er zieht dann folgende Schlüsse: „Prüft man diese Fragen leidenschaftslos und ohne Vorurteil, so kommt man zu dem Schluß, daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Befestigung des republikanischen Staatswesens durch die Bildung eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblocks darbietet.“

Aus unserer Antwort auf die drei Fragen dürfte es sich zumindest ergeben, daß zwischen uns und den Gewerkschaften keine Gegensätze bestehen, die eine Aufrechterhaltung der Trennung rechtfertigen könnten.“

Die Vereinigung der „Hirsche“, Christen und freien Gewerkschaften in einer Organisation beseitigt die organisato-

rische Schwierigkeit für den Staatskapitalismus, den Gewerkschaften die zugeordneten Funktionen zu übertragen. — Leipart macht den Weg frei.

Die Grundaufgaben der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, den Kampf gegen die Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiter zu führen, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Den Kampf gegen das kapitalistische System haben die freien Gewerkschaften längst aufgegeben, auch ihre ursprüngliche Aufgabe, den Kampf um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen gaben sie auf. Jetzt lassen sie auch ihre letzte Zugkraft gegenüber ihren Mitgliedern, Tarife abzuschließen, durch Anerkennung der letzten Notverordnung fallen.

Man muß sich fragen, wozu sind noch diese Gewerkschaften? Auch als Viktoria-Versicherungen schalten sie allmählich bei fortschreitender Krise aus. Sie sind nicht mehr in der Lage, ihren Mitgliedern die so gepriesenen Unterstützungen zu gewähren. Die meisten mühten schon Kürzungen der Unterstützungseinrichtungen vornehmen. Man hat natürlich in allererster Linie, da sie ja nicht mehr streiken wollen, die Streikunterstützung abgebaut.

Aber auch die anderen Unterstützungen, bis zur Hochzeits-Unterstützung, wird man nicht aufrecht erhalten können, da bei dem hohen Stand der erwerbslosen Mitglieder das Einkommen immer mehr schwindet.

Die in den freien Gewerkschaften befindlichen Arbeiter, die vornehmlich in diesen Gewerkschaften organisiert sind, in dem Bestreben, durch den Zusammenschluß innerhalb des Berufes oder der Industrie eine Macht gegen das Kapital darzustellen und diese Macht auszuwerten im Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedürfnisse, sollten den hier von Leipart aufgezeigten Kurs erkennen. Offen und brutal will Leipart die freien Gewerkschaften in den Dienst des Staatskapitalismus stellen. — Damit bereitet er den Weg für Hitler vor.

Wir fragen die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sind sie gewillt, auch diesen Weg zu beschreiten, wenn nicht, dann heißt es, hieraus die Konsequenzen ziehen und Leipart mit seinen Staatsgewerkschaften seinen eigenen Weg gehen zu lassen und reale Klassenkampforganisationen aufzubauen, sich einzureihen in die revolutionäre Gewerkschaftsfront durch Eintritt in die dem Bund angeschlossenen Industrieverbände.

Preisabbau! — hoffen wir?

Um den Massen den notverordneten Lohnabbau etwas schmackhaft zu machen, wurde ein Kommissar für Preisabbau eingesetzt. Dieser gab sinngemäß in einer Erklärung bekannt, daß er weder die Macht noch die Absicht habe, die Kapitalisten zu einer Senkung der Preise zu zwingen. Er sagte: „Wenn wir Preise durch bloßen Befehl senken könnten, ohne die Ware vom Markt zu vertreiben, so wäre die Sache außerordentlich einfach.“

Als Wunderdoktor empfangen zu werden, lehne ich ab. Der richtige Preis bildet sich in einer gesunden Wirtschaft von selbst. Wir wollen nicht den Preisen freie Bildungsmöglichkeiten entziehen. An eine Rückkehr zur Kriegswirtschaft ist nicht gedacht, auch an keine Zwangswirtschaft. Wir müssen allen Illusionen entsagen.

Daß diese Worte zutreffen, mußte eine Kommission in Leipzig, die die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität zu prüfen hatte, feststellen, indem sie aussagte, daß der Preis für Gas im günstigsten Falle um einen Pfennig gesenkt werden könne.

Weiterhin sagte Herr Goerdeler, Preissenkungskommissar, daß er nicht die Absicht habe, Höchstpreise für lebenswichtige Gegenstände festzusetzen; er würde nur in äußersten Fällen mit Zwangsmitteln vorgehen. Im übrigen seien viele Preise ja schon gesunken. Das beste Mittel zur Senkung der Preise sei, daß die Hausfrauen die Ware, die ihnen zu teuer ist, einfach liegen lassen.

Mit solchen Erklärungen wird bestätigt, daß der ganze in der Notverordnung angekündigte Preisabbau genau so auf dem Papier stehen bleibt wie alle vorhergehenden Preissenkungsaktionen. Den großen Kartellen und Trusts wird Herr Goerdeler nicht in ihr Preisdiktat hereinreden. Die Lebensmittelpreise werden infolge der Agrarzölle auch nicht gesenkt werden, dagegen wird die Umsatzsteuer die Preise noch steigern. Höchstens ein paar kleine Krämer werden gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen.

Der ganze Preisabbau stellt sich also nur als Finte heraus, damit den Arbeitern durch die Führer der SPD. und freien Gewerkschaften eingeredet werden kann, daß auch der neue unerhörte Lohnraub toleriert werden muß. Hier spricht der Herr Preissenkungskommissar unzweideutig aus, was ist, während die sogenannten Vertreter der Arbeiter versuchen, durch Vorspiegelung von Preissenkungsaktionen zur geduldigen Hinnahme des neuen Lohnraubes zu veranlassen.

Nach den Berechnungen des ADGB ist die Arbeitsproduktivität in Deutschland im Verlauf der Rationalisierungskampagne um 30 Prozent gesteigert worden.

Nach den Berechnungen des freigewerkschaftlichen „Butab“ ist seit dem Sommer 1929 das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger um 30—40 Prozent gesenkt worden.

Diese beiden Feststellungen enthalten einen grauenhaften Widerspruch. Je ertragreicher die menschliche Arbeit wird, desto mehr verschlechtert sich die Entlohnung.

Die Notverordnung wird nun Löhne und Gehälter um weitere 10—15 Prozent senken. An die verheißungsvolle Preissenkung glaubt im Grunde kein Mensch.

Die reformistischen Gewerkschaften kennen keinen anderen Ausweg als Fortsetzung der Tolerierungspolitik, d. h. fortgesetzte Kapitulation. Sie können den reformistischen Boden nicht mehr verlassen und sich auf revolutionären Boden stellen. Sie werden aber ihren Bankrott nicht eingestehen. Genau wie der Kapitalismus versucht, durch immer größere Auspowerung der Massen sein System zu erhalten, versuchen die Reformisten, ihren Mitgliedern etwas vorzumachen, um sie bei der Stange zu halten. Aber alles Schlucken der Kapitalforderungen wird ihnen nichts nützen. Der Zeitpunkt wird kommen, in dem die reformistische Bankrottwirtschaft entweder durch die faschistische Konterrevolution oder durch die proletarische Revolution hinweggefegt wird. Die Wegbereiter des Faschismus werden von den Faschisten den wohlverdienten Fußtritt erhalten. Sie werden von den revolutionären Proletariern für ihren Verrat zur Rechenschaft gezogen werden.

Die freien Gewerkschaften gebärden sich radikal

Aufhäuser, der bekannte Führer des Zentralverbandes der Angestellten, schreibt im „Vorwärts“ zu der neuen Notverordnung folgendes:

„Geradezu herausfordernd muß es wirken, daß der diesmalige Lohnabbau ohne jede Verhandlung einfach diktatorisch zum 1. Januar 1932 verfügt wird. Die als unabdingbar anerkannten Tariflöhne und Gehälter werden mit einem Federstrich außer Kraft gesetzt. Der kollektive Arbeitsvertrag, der mit als die größte Errungenschaft der Nachkriegszeit gesetzlich gesichert, ist in seinem wesentlichen Bestandteil so gut wie aufgehoben worden.“

Die Sozialreaktion darf ihren schönsten Traum erfüllt sehen.“

In der Zeitschrift „Freie Angestellte“, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, lesen wir ein vernichtendes Urteil über den Wirtschaftsbeirat. Dort heißt es:

„Unrühmlich und mit einem kaum zu verhehlenden Fiasco ist der Wirtschaftsbeirat zu Ende gegangen. Es war ein erfolgreicher Schachzug der Politik Brünings. Sein Programm ist eindeutig von den Wünschen der Unternehmer bestimmt. Lediglich um die Fassaden der Gerechtigkeit nach außenhin zu wahren, wurden auch ein paar Arbeitnehmervertreter zugelegt.“

Der solchermaßen berufsständig zusammengeballte Wirtschaftsbeirat ist als ein bedenkliches Zeichen faschistischer Methoden zu werten. Der Ausgang der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates hat deutlich gezeigt, was die eigentliche Absicht der Regierung war, nämlich die Gewerkschaften zur Tolerierung ihrer Politik des Lohnabbaues und der Auflockerung des Tarifrechtes zu gewinnen.

Die Regierung Brüning tolerieren, heißt einen neuen Schritt zum Faschismus tun.“

Diese Töne von Führern der freien Gewerkschaften dürfen die Massen nicht ernst nehmen, sie sind nur dazu bestimmt, um ihre Schäfflein bei der Stange zu halten.

Jeder, der die Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates kannte, wußte, daß die Unternehmer, das Finanz- und Trustkapital, die dort überwiegend vertreten waren, ihren Willen durchsetzen würden, durchsetzen konnten, um so mehr, da sie ja der Tolerierung dieser Sorte Arbeitnehmerführer gewiß waren.

Wer einmal „a“ gesagt hat, muß auch „b“ sagen.

Die Ablehnung der SPD. zur Einberufung des Reichstages, zum Widerstand gegen die Notverordnung, zeigt deutlich, daß die SPD. und die freien Gewerkschaften auch diese Notverordnung hinnehmen, ohne ernstlich dagegen aufzutreten. Wer bereit ist, nach den Aussprüchen Tarnows und des „Vorwärts“ vom 3. Dezember, die Nationalsozialisten für die Regierung mit in Kauf zu nehmen, ist auch bereit, alle Verschlechterungen gegenüber der Arbeiterklasse gutzuheißen.

Wenn jetzt die SPD. nach einem Ausweg sucht und glaubt, ihre Mitglieder durch radikale Redensarten bei der Stange zu halten, so wird sie damit wenig Erfolg haben. Die Arbeitsmitglieder der SPD. erkennen in immer größerem Maße die Schandtaten ihrer Führer, die kleinbürgerlichen Mitläufer der SPD. strömen zu Adolf Hitler.

Auf der anderen Seite ist der Wert der SPD., sie vor den Karren der Reaktion zu spannen, immer mehr gesunken, sie hat ihre Schuldigkeit getan, sie kann gehen. — Man braucht die SPD. nicht mehr zum Tolerieren. Die Rolle des kleineren Übels ist ausgespielt.

Ein Wunsch der Reformisten erfüllt

Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß des ADGB wurde ein Antrag des Vorstandes des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, der die Verlängerung der Arbeitsdauer der Betriebsräte auf drei Jahre bezweckte, vorgelegt. Es wurde dann festgelegt, eine zweijährige Amtsdauer zu fordern.

Diesem Verlangen ist die Brüning-Regierung nun durch Notverordnung vom 8. Dezember nachgekommen. Es heißt dort: „Die Amtsdauer derjenigen Personen, die nach dem Vorschriften des Betriebsrätegesetzes der Reichsversicherungsordnung, des Reichsknappschaftsgesetzes oder des Schwerbeschäftigtengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, ist um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern.“

Es ist die Angst der Reformisten, daß immer mehr Proleten ihre verräterische Rolle erkennen lernen und sich bei den Betriebsrätewahlen oppositionelle Kollegen als ihre Betriebsvertretung wählen könnten — man will in den Betrieben Ruhe haben. Die Betriebsräte sollen die Rolle des Krankenwärters für den Arzt Tarnow spielen, d. h. sie sollen die Interessen der Unternehmer so wahrnehmen, daß die Arbeiter der Betriebe sie als Judas betrachten müssen. Man will alle diejenigen, die es wagen, gegen die Terrormaßnahmen der Unternehmer im Betriebe aufzutreten, die es wagen, die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten, aus den Betrieben ausmerzen.

Das war der Wunsch der Reformisten bei ihrem Antrag. Dieser Wunsch soll in Erfüllung gehen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird hieraus die Lehre zu ziehen haben und sich mit Ekel abwenden von dieser Gewerkschaftsführung, die nur darauf bedacht ist, immer wieder dem Kapital helfend beizuspringen.

Industrie-Verband für Berg- u. Hüttenarbeiter Bezirk Eisleben

Am Sonntag, dem 17. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Zum weißen Roß“ die

Generalversammlung

des Bezirks Eisleben statt.

Die Ortsgruppenleiter müssen dafür Sorge tragen, daß alle Kollegen restlos erscheinen!

Die äußerst wichtige Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur Pflicht an dieser Generalversammlung teilzunehmen.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telephon: A 7 Dönhoff 3110

Zum Jahresschluß 1931

„Erfahrung macht klug“, sagt ein altes Sprichwort, und da Klugheit im Kampfe ums Dasein ein nicht zu unterschätzender Faktor ist, ist es gut, die gemachten Erfahrungen zu sammeln, um aus ihnen die Lehren zu ziehen, die wir gebrauchen, um besser vorwärtszukommen. So wollen wir also, an der Schwelle des neuen Jahres stehend, einen kurzen Blick zurückwerfen auf die verflochtenen zwölf Monate und an Hand der vergangenen Ereignisse überprüfen, was uns das alte Jahr zum Abschied zu sagen hat.

Das Jahr 1931 war für uns als Arbeiter ein Jahr der Sorge, des Kummers, der Not, der Entbehrung. Wohl selten hat es in früheren Zeiträumen solch schreckliche, grauenhafte Zustände gegeben, wie wir sie im letzten Jahre durchgemacht haben. Das vergangene Jahr stand im Zeichen einer sich mehr und mehr verschärfenden ungeheuren Wirtschaftskrise, die wie ein riesiger Alpdruck auf allen kapitalistischen Ländern lastete und deren fürchterliche Auswirkungen besonders in Deutschland in Erscheinung traten. Stillgelegte Fabriken und Betriebe, erkaltete Hochöfen, erstorbene Zechen, riesengroße Heere Arbeitsloser und Kurzarbeiter sind die sichtbaren Begleiterscheinungen eines Systems, das unfähig ist, eine neue Welt durch alte Methoden lenken zu können. Die Mittel, mit denen die herrschende Klasse glaubt, der Krise Herr zu werden, haben sich bisher als unzulänglich erwiesen, besteht doch ihre ganze Weisheit darin, erzeugte Produkte mangels Absatzes in Massen zu vernichten, während man andererseits den Arbeitern dauernd die Löhne herabsetzt und es ihnen so unmöglich macht, sich das zum Leben Notwendige zu kaufen. Diese dauernden Lohnherabsetzungen haben die deutsche Arbeiterschaft in einen Zustand beispiellosen Elends herabsinken lassen. Es ist daher durchaus verständlich, wenn sich Unzufriedenheit in den Massen der Ausgebeuteten bemerkbar macht. Dies kam in einer ganzen Reihe von Streiks und Arbeiterkämpfen zum Ausdruck. Leider war der Ausgang dieser Kämpfe in fast allen Fällen ein negativer. Die Ursachen dieser Tatsachen sind mancherlei Art. Zum ersten sind es die von den Reformisten inszenierten Verwirrungsmanöver, denen die Arbeiterschaft zum Opfer fiel.

So konnte beispielsweise der DMV die Berliner Arbeiterschaft immer wieder um die Früchte ihrer Abwehraktionen gegen das Unternehmertum betrügen. Es sei hier an die Tatsache erinnert, daß der vom VBMI am 1. Januar 1931 vorgenommene Lohnraub in Höhe von 6 bis 8 Prozent von den Metallarbeitern fast widerstandslos hingenommen wurde, weil der DMV mit seiner lügnersischen Parole eines kommenden Preisabbaues schon damals von ernsthaften Kämpfen abzuhalten wollte. Und seitdem ist über ganz Deutschland wiederholte Male die Welle des Lohnabbaues hinweggegangen, immer wieder Verschlechterungen für die Arbeiterklasse mit sich bringend. Von Monat zu Monat sank das Einkommen der Metallarbeiterschaft, von einem Preisabbau war jedoch nichts zu spüren.

Allmählich aber fingen die Arbeiter an, die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die Rolle der sozialdemokratischen Partei zu erkennen, die diese im Interesse der Bourgeoisie spielte. Mehr und mehr wandten die Arbeiter ihre Aufmerksamkeit den radikalen Flügelparteien zu, von denen letzten Endes Rettung aus der schlechten Lage erhofft wurde. Doch nicht allein die Arbeiterschaft wandte sich den radikalen Parteien zu, auch der kleinbürgerliche

Mittelstand, der kleine Bauer, kurz, die Kleinbourgeoisie flüchtete vor der sie in den Abgrund zu reißen drohenden Krise. Diese Radikalisierung der Massen brachte mit sich eine klare Frontstellung der Klassen. Auf der einen Seite das Großkapital und seine Helfershelfer, die Faschisten und deren beste Schrittmacher, die ADGB- und SPD-Führer. Auf der anderen Seite standen die Massen der Unterdrückten und Ausgebeuteten, standen die Kämpfer um eine bessere Zukunft. Mit Hilfe riesiger Bestechungssummen, mit Millionen von Mark schuf sich das Großkapital einen ungeheuren faschistischen Apparat, dem es mit Hilfe einer ausgedehnten Propaganda gelang, die in Bewegung geratenen unzufriedenen Massen zum großen Teil für sich zu gewinnen, wodurch die Gefahr der Konterrevolution in nächste Nähe gerückt war. Diese Gefahr des Faschismus, die im vergangenen Jahre so unheimlich an Umfang zunahm und die einer Lawine gleich alles Fortschrittliche unter sich zu begraben droht, konnte nur diesen Umfang annehmen, weil die Reformisten und SPDisten durch ihre fortgesetzte Tolerierungspolitik des Kabinetts Brüning alle die Gesetze durchbringen halfen, welche den Widerstand der Arbeiter gegen die Faschisten untergruben, dagegen den letzteren die Möglichkeit der Ausbreitung gab. Mit dem Hinweis auf das kleinere Übel verstanden es diese Tolerierungspolitiker ausgezeichnet, etwaige Mißfallensausdrücke ihrer Mitgliedschaft zu ignorieren. Doch dies war nicht der einzige Umstand, der das Anwachsen der faschistischen Bewegung begünstigte. Einer der Hauptpunkte des Emporkommens der Faschisten ist der, daß im Lager der revolutionären Arbeiterklasse völlige Uneinigkeit und Zersplitterung herrschte. Die linksrevolutionären Organisationen erkannten wohl die Gefahr des sie in ihrer Existenz bedrohenden Faschismus, brachten jedoch nicht die Konsequenz auf, bis zur Beseitigung dieser Gefahr die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, um erstmalig in geschlossener Front dem faschistischen Ansturm zu begegnen. Wenn trotzdem in den Massen der Widerstand gegen den Faschismus wuchs, so nur deshalb, weil durch die offenen Morddrohungen der Faschisten, besonders aber durch die Veröffentlichung des Besten-Blutdokumentes (Boxheimer Dokument) jedem eindringlich vor Augen geführt wurde, welche Zustände herrschen würden, kämen die Faschisten ans Ruder. Ja, dieser Massendruck gegen den Faschismus richtete sich zuletzt nicht nur gegen den Faschismus selbst, sondern auch gegen die, in deren Dienst der Faschismus stand, die Beherrscher der Banken, der Truste und der Kartelle, der Ausbeuter der deutschen Arbeiterschaft. Zuletzt nahm diese stille Massenempörung solche Ausmaße an, daß man höheren Ortes für den Bestand des Staates fürchtete. Es wurden daher besondere Vorschriften erlassen, die sich angeblich gegen politische Ausschreitungen richteten und die den bezeichnenden Namen Notverordnungen erhielten. Daß aber die erstgenannten Gründe, die angeblich zum Erlaß der Notverordnungen führten, in Wirklichkeit aus anderen Motiven entsprangen, beweist der Erlaß der Vierten, der sogenannten großen Notverordnung, über deren Inhalt wir an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich berichten.

Doch hat uns der Erlaß der Notverordnung gezeigt, wo wir stehen. Das, was die Zustände begünstigte, müssen wir ausmerzen, und das ist, wie wir sehen, schleimigste Herstellung der Einheitsfront. Dies lehren uns die Erfahrungen, die wir im alten Jahre machten und die wir beherzigen müssen, wollen wir nicht vollkommen zugrunde gehen.

Kürzung der Metallarbeiterlöhne ab 1. Januar Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie

Laut Notverordnung vom 8. Dezember sind die Unternehmer berechtigt, die bisherigen Löhne auf den Stand vom Januar 1927 herabzusetzen. Auf dieses „Recht“ pochend, haben die Berliner Metallindustriellen bei den Verhandlungen um die Neugestaltung der Löhne jedwede Verständigung mit den Metallarbeitern abgelehnt und den Schlichter angerufen. Dieser, ein ehemaliger Reichsminister und heute noch strammer SPD-Mann, hat denn auch den Wunsch seiner Unternehmerfreunde ohne weiteres durchgeführt und einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau für die Berliner Metallarbeiter in Höhe von zehn bis fünfzehn Prozent mit sich bringt. Am schlimmsten betroffen werden von dieser unerhörten Lohnsenkung die niedrig bezahlten Gruppen der ungelerten Arbeiter und der Arbeiterinnen, deren Abzug fünfzehn Prozent beträgt, was angesichts ihres an und für sich geringen Einkommens eine Härte sondergleichen bedeutet. Aber was fragen die SPD-Schlichter schon viel nach dem Ergehen der Arbeiter, wenn sie nur ihr gutes Auskommen haben und ihre guten Posten behalten können.

Auf Grund dieses Schiedspruches fand am Montag, dem 21. Dezember, eine DMV-Funktionärkonferenz in den Kammersälen statt, in der Ulrich, wie gewöhnlich, versuchte, den Proleten das Gehirn zu verkleistern und sie zur Annahme des Schiedspruches zu bewegen. Mit heuchlerischer Geste

markierte er den ollen ehrlichen Seemann und wandte alle Kniffe an, sich und seinen Parteibusenfreund, den Schlichter Robert Wissell, von der Verantwortung an der nun kommenden Lohnkürzung freizureden. Ulrich empfahl die Annahme des Schiedspruches mit dem Hinweis, daß jetzt doch nicht gekämpft werden könne, da das Gesetz (lies: SPD-Schlichter Wissell) die Lohnkürzung befiehlt. Er machte den Arbeitern Hoffnung, als ob am 30. April 1932, dem Ablauftermin des Tarifvertrages, die DMV-Bürokratie den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen werde.

Der Verlauf der Funktionärerversammlung bewies jedoch, daß trotz des süßlichen Geseires des „Kollegen“ Ulrich sehr viele Funktionäre die schäbige Rolle dieses Subjektes erkannt haben, und verliehen ihrem Unmut ob des hinterhältigen Spiels der Ulrich und Konsorten durch erbitterte Zwischenrufe Ausdruck.

Im nachfolgenden bringen wir die in Verfolg des Schiedspruches nunmehr festgesetzten Löhne. Danach wird bezahlt in Gruppe A.: 0,93 RM., statt wie bisher 1,03 RM.; in Gruppe B.: 0,82 RM. statt 0,92 RM.; in Gruppe C.: 0,72 RM. statt 0,82 RM. und in Gruppe D. 0,66 RM. statt wie bisher 0,77 RM.

In Kraft tritt dieses Lohnabkommen ab 1. Januar 1932.

Teilstreik bei Dr. Cassierer

Die Werksleitung der Firma Dr. Cassierer diktierte der Abteilung Drahtzug am 7. Dezember einen Lohnabbau von 5 Prozent. Geschlossen legte die Arbeiterschaft der Abteilung die Arbeit nieder. Verhandlungen des Betriebsrates über die Zurücknahme des Lohnabbaues scheiterten. Nach einem „wöchentlichen“ Streik berief der rote Betriebsrat eine Belegschaftsversammlung ein, um Stellung zu diesem Streik zu nehmen. Die Versammlung, die am Sonntag, dem 13. Dezember, stattfand, war sehr schlecht besucht. Anwesend waren hauptsächlich Kollegen aus der Lackiererei, die durch

die Produktionsweise mit den Streikenden eng verbunden sind. Der Vertreter des EVMB., Kollege Liesz, sprach in seinen Ausführungen für Annahme des fünfprozentigen Lohnabbaues und verwies die Belegschaft auf den kommenden großen Kampf im Januar 1932. Weiter forderte er die Kollegen der Lackiererei auf, einen Beschluß herbeizuführen, wodurch die Wiedereinstellung der streikenden Kollegen durch eine Solidaritätsaktion der Lackierer erreicht werden solle. Die Abstimmung ergab die Annahme dieses Beschlusses. In der Diskussion sprach ein Vertreter des IVdM, der zum Ausdruck brachte, daß bei unplanmäßigen Teilstreiks ein Erfolg von vornherein unmöglich sei. Er wies auf die

gemachten Erfahrungen des Teilstreiks im Walzwerk Hennigsdorf hin, wo durch die unsinnigen Parolen der RGO, die es verabsäumte, die gesamte Belegschaft für den Streik zu mobilisieren, der Streik verloren ging und die besten Funktionäre auf die Straße flogen.

Das Ergebnis der Verhandlung des Betriebsrates mit der Werksleitung war, daß sich die Firma bereit erklärte, einen Teil der Streikenden sofort wieder einzustellen, den anderen Teil bei Eingang von Neuaufträgen.

Dieser Beschluß der Firma ist eine glatte Maßregelung der Streikenden. Hieraus kann man ersehen, wohin es führt, wenn die Arbeiter sich von den RGO-Strategen zu unsinnigen Experimenten verführen lassen.

RGO-Betriebsräte verhindern Einberufung einer Belegschaftsversammlung in der AEG-Brunnenstraße

Reden und Handeln sind zwei Begriffe, die für gewisse Leute sehr schwer in Einklang zu bringen sind. Berufsmäßiges Maulaufreißen ist allerdings leichter als Taten zu vollbringen, denn dazu gehört manchmal Mut, und den haben anscheinend die RGO-Leute nicht, sonst würden sie nicht solche Geschichten machen wie diese hier. In der am 22. Dezember 1931 stattgefundenen Sitzung des Arbeiterrates der AEG, Brunnenstraße, beantragten die Betriebsräte des IVdM, die Einberufung einer Belegschaftsversammlung, die Stellung nehmen sollte zum Notverordnungs-Schiedsspruch des SPD-Schlichters Wissell sowie zur Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte.

Die Abstimmung ergab — Ablehnung des Antrages. Wie war das möglich, wo doch die Mehrheit der Betriebsräte aus Industrieverbändlern und RGO-Leuten besteht? Ganz einfach. Reformisten und Faschisten stimmten in trauter Gemeinschaft, wie nicht anders zu erwarten, gegen den Antrag, während die RGO-Betriebsräte sich der Stimme enthielten. Aus Feigheit, aus Angst vor den Folgen? Wer kann es wissen. Diese Haltung der RGO-Betriebsräte in einer solchen ersten Situation — der Lohnabbau tritt am 1. Januar in Kraft, ebenso die Bestimmung über die verlängerte Amtsdauer der Betriebsräte — ist eine direkt arbeiterschädliche.

Wie schrieb doch die „Rote Fahne“ am 16. Dezember? „Das Initiativ-Komitee (schöner Name) zur Schaffung einer einheitlichen Betriebsräte-Bewegung hat zur neuen Notverordnung Stellung gefaßt. IK erblickt in der vorgesehenen Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte die Verwirklichung eines Beschlusses der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie. Es wird an alle politisch ehrlich denkenden Betriebsräte appelliert, ihre Taktik nicht von diesem Beschluß abhängig zu machen, sondern den Belegschaften das Recht auf die Neuwahl der Betriebsräte zu sichern. IK fordert alle Betriebsräte auf, sofort alle Maßnahmen zum Rücktritt des gesamten Betriebsrates zu treffen. Unternehmer und reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie fürchten die Entscheidung, deshalb stärkste Mobilisierung der Belegschaften.“

Nanu, solche starken Worte und die Taten? Ja, ja, Reden und Handeln sind zwei verschiedene Dinge, wenigstens für die RGO.

Bezirk Norden

Der Bezirk hielt seine Monatsversammlung am Dienstag, dem 15. Dezember 1931, ab. Der Leiter der Versammlung, Kollege Röske, eröffnete die gutbesuchte Versammlung um 8 Uhr. Das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage hielt der Kollege Mielke. In ausgezeichnete Weise verstand es der Vortragende, die Zusammenhänge zwischen den heutigen schlechten Verhältnissen und dem herrschenden System seinen Zuhörern vor Augen zu führen. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Zeit gekommen sei, wo die Geschichte gebieterisch das Abtreten der verfaulten kapitalistischen Machthaber fordere, zeigte Kollege Mielke an Hand von Beispielen die Unfähigkeit der derzeitigen Herrscherklasse auf, dem anhaltenden Wirtschaftsschaos ein Ende zu bereiten. Nur durch die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse sei es möglich, bessere Zustände herbeizuführen. Doch sei notwendig, soll dieses Ziel erreicht werden, die Herstellung der Einheitsfront aller Schaffenden.

Nach einer kurzen Diskussion über diesen Punkt wurden verschiedene Berichte aus den Betrieben gegeben. Insbesondere fand eine Besprechung der Betriebszustände der AEG, Brunnenstraße, statt. Die Kurzarbeit, die in diesem Betriebe herrsche, sei eine geradezu katastrophale, so daß die wenigsten Arbeiter der AEG. mit einem vollen Wochenlohn nach Hause gingen. Dazu komme die ungerechte Einteilung der Stundenverteilung, des ungleichen Aussetzens, wodurch viele Arbeiter benachteiligt würden, da die Meister versuchten, ihre Lieblinge möglichst wenig oder gar nicht aussetzen zu lassen, dafür aber die ihnen nicht sympathischen recht oft. Wenn auch in der letzten Zeit Ungerechtigkeiten dieser Art durch das Eingreifen unserer Betriebsräte ausgemerzt werden konnten, so bleibe doch noch viel zu tun übrig. Ein großes Hindernis im Vorwärtkommen der Arbeiter bilden die Reformisten, die es leider immer noch verstehen, durch Ausstreuen falscher Parolen die Arbeiter für sich zu gewinnen. Noch größer sei die Gefahr, die der AEG-Arbeiterschaft durch die Faschisten drohe. Hier heiße es für jeden Arbeiter, auf dem Posten zu sein, soll der Ausbreitung der Faschisten im Betriebe ein Damm gesetzt werden. Nach einigen mahnenden Worten des Versammlungsleiters schloß Kollege Röske die Sitzung.

Die 53. Beitragswoche wird in diesem Jahre nicht geklebt.

Sterbetafel

Am 18. Dezember verstarb unser Mitglied, der
Mechaniker

Walter Bildt

im Alter von 43 Jahren infolge Herzschwäche.
Ehre seinem Andenken!

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Mozartstraße 7, pt. — Telephon: E 5 Lichtenberg 3349

Ein „Wirtschaftsführer“ urteilt:

In einer führenden Berliner Tageszeitung äußert sich Geheimrat Duisberg, Ehrenpräsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Aufsichtsratsvorsitzender der I. G. Farben, zum Problem der Weltkrise. Man erwartet eine tiefgründige Analyse des kapitalistischen Systems, eine Darlegung der Gründe, weshalb dieses System außer Rand und Band geraten ist. Nichts von alledem. „Die herrschende Krise ist zum größten Teil durch politische Maßnahmen hervorgerufen und verschärft worden. Deshalb kann sie letzten Endes auch nur von der Seite der Politik her beseitigt werden.“ Man staunt und faßt sich an den Kopf! Von der Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik, von der unwiderleglichen Feststellung, daß Politik eine Folge und nicht die Ursache der Wirtschaft ist, hat dieser „führende“ Geist nichts gehört oder besser, davon will er nichts wissen. Jedoch er widerspricht sich; denn zum Schluß sagt er: „Die Lösung der Krise aber wird ausschlaggebend davon abhängen, ob es wieder gelingt, Ordnung in die Kreditverhältnisse und Handelsbeziehungen der Welt zu bringen.“ Also doch Wirtschaft und nicht reine Politik. Und doch: In einem Satze muß man dem Geheimrat beipflichten, daß nämlich die Krise letzten Endes nur von der Seite der Politik her beseitigt werden kann. Fragt sich nur durch welche.

Eine Kinderseele = 2 Zentner Briketts

Wie die Not der Armen in diesem Winter von kirchlicher Seite unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit ausgenutzt wird, darüber lesen wir in der „Leipziger Volkszeitung“ folgenden Bericht: In diesem Jahre hat das Fürsorgeamt, obwohl der Winter vor den Toren steht, bisher noch keine Kohlen zur Verteilung gebracht. Die Frierenden werden an jene Organisationen verwiesen, die sich an der Winternothilfeaktion beteiligen. Auch die Kirche gibt vor, den Armen helfen zu wollen. Natürlich geschieht dies nicht ohne Gegenleistung. Dafür folgendes Beispiel: Einem Wohlfahrtserwerbslosen, der sich an die Kirche wegen Abgabe von Kohlen wandte, wurde gesagt: „Sie können zwei Zentner Briketts haben, da Sie aber Ihre Tochter nicht taufen lassen, können Sie nichts bekommen, es sei denn, Sie lassen Ihr Töchterchen taufen.“

„Nein, wegen 2 Zentner Kohlen nicht.“

Der Kirchenbeamte hatte sofort die Situation erkannt und bot dem Wohlfahrtserwerbslosen für die Seele seines Töchterchens 2 Zentner Briketts.

Die „Lusitania“ soll gehoben werden

Seit einigen Wochen wird in London ein Projekt erörtert, das bisher als zu fantastisch betrachtet wurde, um jemals Aussicht auf Ausführung zu gewinnen. Schon vor längerer Zeit hatte ein amerikanisches Konsortium sich an die britische Admiralität gewendet, um dieser einen Vorschlag zu machen. Die Amerikaner wollen nämlich ein Schiff, die „Lusitania“, heben, die im Jahre 1915 von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. Es hieß damals, daß an Bord der „Lusitania“ eine beträchtliche Menge Gold mitgeführt worden sein soll, und diese Goldbarren will man nun wieder ans Tageslicht bringen. Allerdings scheint es fraglich, ob der Plan überhaupt durchführbar ist. Die „Lusitania“ nämlich ruht in der Nähe der irischen Küste auf dem Meeresgrund, und man glaubt, daß die See dort eine Tiefe von etwa 72 Meter erreicht. Technisch wäre es vielleicht möglich, Bergungsarbeiten vorzunehmen, und es gibt Vorrichtungen, mittels deren die Taucher noch tiefer herabsteigen können. Aber von Fachleuten wird bezweifelt, daß sich tatsächlich so große Schätze an Bord des Schiffes befunden hätten. Da erhebliche Vorarbeiten notwendig sind, um die Bergung vorzubereiten, und da die damit verbundenen Kosten in die Hunderttausende gehen, erscheint es fraglich, ob man dieses fantastische Projekt auch durchführen wird.

Riesendampfer wird nicht weitergebaut

Wie aus London berichtet wird, hat die Cunard-Linie beschlossen, den Bau des 73 000-Tonnen-Dampfers, der der größte und luxuriöseste der Welt werden sollte, einzustellen. 3000 Arbeiter werden entlassen.

Versammlungskalender

Im Monat Januar finden in allen Ortsgruppen die Jahresgeneralversammlungen statt, in diesen werden die Neuwahlen der Ortsgruppenleitungen vorgenommen. Die Ortsgruppen Spandau und Oberschöneeweide nehmen an der Berliner Versammlung teil.

Außerdem werden in den Bez.-Vers. der Bezirke Berlin, Köpenick und Potsdam die Wahlen zum Kontrollausschuß,

Zentralrevisoren und 2 Beisitzer zum engeren Vorstand vorgenommen.

Kein Kollege fehle deshalb in seiner für ihn in Frage kommenden Versammlung.

Fürstenberg:

Freitag, den 8. Januar, abends 7 Uhr, bei Göring, Buschkrug bei Fürstenberg (Oder).

Waltersdorf:

Dienstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, bei Rusch, Rüdersdorf, Brückenstr. 1.

Spandau:

Siehe Berlin.

Kremmen:

Montag, den 11. Januar, abends 7 Uhr, bei Olm, Dammstraße 219.

Potsdam:

Dienstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, bei Wüstenhagen, Alte Königstr. 27.

Schöneeweide:

Siehe Berlin.

Niederlehme:

Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, bei Rolowski, Neue Mühler-, Ecke Bismarckstraße.

Berlin:

Mittwoch, den 20. Januar, abends 7 Uhr, bei Poczontek, Lichtenberg, Hauptstr. 87.

Köpenick:

Montag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, bei Augustin, Köpenick, Rosenstr. 11.

Kollegen! Wenn ihr die Zeitung gelosen, so werft sie nicht fort, sondern übergebt sie Anders- oder Nichtorganisierten!

Buchkontrolle

Wir weisen nochmals auf die Kontrolle aller Mitgliedsbücher hin und ersuchen alle Ortsgruppenleiter und -kassierer dafür zu sorgen, daß alle Bücher, auch der arbeitslosen und kranken Kollegen, restlos zur Kontrolle abgegeben werden, da die in den Mitgliedsbüchern geleisteten Beitragsmarken auf unsere Kartothek-karten übertragen werden.

Wer sein Buch nicht zur Kontrolle gibt, muß damit rechnen, daß in Unterstützungsfällen bei der Auszahlung Schwierigkeiten entstehen.

Hamburg von unten

Ewig grau, wie immer, dämmert der Morgen im Hamburger Hafen. Es gibt Fremde und Touristen, die ihn im Golde der Sonne gesehen haben wollen, die Schönheiten in ihm entdeckt haben wollen. Es mag stimmen, sie haben Zeit und Augen dafür. Uns aber, die wir der Pulsschlag des Hafens sind, dämmert jeder Morgen grau in öder, endloser Trostlosigkeit.

Die Lichter, welche nur armselig am jenseitigen Ufer die Stätten andeuten, wo einst auch durch die Nacht der Takt der Arbeit hämmerte, erlöschen nach und nach. Allmählich heben sich die Formen der Schuppen, Speicher, Helgen, Docks, Kräne und Kaianlagen grau auf grau aus der Dämmerung hervor. Ganz dünne, fadenscheinige Rauchschwaden ziehen darüber hin, wo einst rastlose Feuer ihren qualmigen Atem in heftigen Stößen in den Himmel pafften. Etlliche Schornsteine haben bereits schon ganz das Rauchen eingestellt. Und man fühlt, es ist das letzte, sieche, kraftlose Keuchen des sterbenden Systems. Ab vier Uhr hallen hier und da vereinzelte Schritte über das Pflaster. Es sind die Besatzungen der Verkehrsfahrzeuge, Schlepper, Leichter, Fährdampfer usw., die der Dienst schon so früh aus dem Schlafe hetzt. Um halb sechs beleben sich dann die Hafenviertel. Die Arbeitsnachweise des Hafenbetriebsvereins, wo um sechs Uhr nach „Sondernummern“ vermittelt wird, füllen sich. Doch ihrem Urzweck, einigen Outsiders Gelegenheit zu geben, sich mal morgens ausnahmsweise vermitteln zu lassen, entsprechen diese Sondernummern längst nicht mehr. Heute wirkt sich der Kram praktisch so aus, daß morgens am meisten vermittelt wird, auf die Sondernummern natürlich, aber es ist eine „Sonderheit“, wenn man zur rechtmäßigen Vermittlungszeit am Tage auf die laufende Nummer hin mal Arbeit erhält. Zwischen halb und dreiviertel sieben ist die Küste schwarz belebt von uns. Hafendarbeiter, Werftgrandis und Seeleute. Wir gehören zusammen. Warum erkennen wir das so schwer? Wir bauten den Hamburger Hafen auf — — — Betrieb um Betrieb, und wurden abgebaut — — — Betrieb um Betrieb. — — — Unsere Löhne wurden abgebaut. Kategorie um Kategorie, diplomatisch schlaue, nacheinander, wie es die Unternehmer verstehen, aber allen gemeinsam. Doch wir haben nicht gegenseitig verbluten, kämpften nur branchenweise, sahen zu, wie die Hafengewaltigen Frontabschnitt um Frontabschnitt nahmen, und wehrten uns nur; wenn jeweils der Kampf auf unserem Frontabschnitt entbrannte. Das war verkehrt! Nun werden wir von der Wohlfahrt abgewiesen, ausgesteuert, aus unseren Wohnungen exmittiert, von unseren Frauen und Kindern losgerissen — — — immer so nach und nach, wem's gerade trifft, aber alle, alle gemeinsam. Gemeinsam füllen wir die Räume der Nachtsale. Und mit uns schlafen welche, die Villen und Paläste erbaut haben, die uns Wohnungen erbauen könnten, aber sie dürfen es nicht, sie haben selbst kein Dach über dem Kopf. Gemeinsam wärmen wir uns in Kaffeeklappen, gemeinsam beleben wir morgens um halb sieben Uhr die Küste am Hamburger Hafen. Wir verkaufen unsere Arbeitskraft jetzt billig und zu den härtesten Bedingungen an jene, denen wir den Hamburger Hafen erbaut haben. Und nur langsam. — — — Ach, wie vielen von uns nur allzu langsam! — — — schmiedet die Not uns zur gemeinsamen Tat. — — —

Um dreiviertel sieben Uhr hat der Verkehr an der Küste seinen Höhepunkt erreicht. An dichten Knäueln von

Schauerleuten, die von ihren Vizen namentlich aufgerufen werden, vorbei, hasten noch Kaiarbeiter, Seeleute, ein paar verlorene Werftgrandis, die das Glück haben, noch drei Tage in der Woche für siebzehn Mark arbeiten zu dürfen, und einige andere mehr. Die Fährdampfer sind um diese Zeit noch einmal leidlich besetzt, die Schauerleute füllen die kleinen Fahrzeuge knapp, welche sie zu den Schiffen bringen, und durch den Elbtunnel bewegt sich ein lockerer Menschenstrom, wo einst ein dichtgedrängter Menschenschwall um diese Zeit hindurchzog. All die Tausende, die nicht vermittelt wurden, fluten zurück in die Gängeviertel, in die Kaffeeklappen, oder schleudern ziel- und hoffnungslos durch die Straßen. Sie sind schon abgestumpft — gleichgültig gegen alles, ihr Humor ist Galgenhumor — ihnen ist alles so schiefeleg. — — — Leider! Aber auch denen, die noch arbeiten, ist heute schon so ziemlich alles schiefeleg. Trotzdem, noch erscheint ihnen das Joch des Frondienstes auch unter den härtesten Bedingungen als das kleinere Übel.

Um sieben Uhr setzt die Arbeit in den meisten Hafenbetrieben ein. Doch man spürt davon kaum etwas. Die losen Menschenzüge, welche über die Brücken sich bewegten, haben sich im großen Hafen verloren. Die Kaianlagen und Höfte, welche ehemals von Schiffen dicht bevölkert wurden, liegen öde und verlassen da. Ganz vereinzelte lösch- oder ladet hier und da mal ein Schiff. Aber es ist nicht der zielsichere Arbeitstakt von einst. Es ist ein nervöses Hasten — ein Abrackern und Schuften — eine raslose Raserei! Wo früher zwei bis vier Deckleute an den Luken waren, wird diese Arbeit von einem bis höchstens zwei Mann verrichtet. Der Vize muß außer Disponieren heute selbst auch kräftig mit anfangen. Im Raum unten ist es nicht viel anders. Und drüben am Kai? — — — Dort fährt ein Auto mit Anhänger, bedient von einem einzigen Mann, zwei Hieven auf einmal fort, wozu früher allein zwölf Mann mit Karren benötigt wurden. Die stehen heute alle im Stall — die tausend mal zwölf aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen — und warten und warten — bis sie einmal alle drei Monate einen oder zwei Tage arbeiten dürfen. Das Jahrbuch des Statistischen Landesamtes aber vertuscht diese Angelegenheit in sehr geschickter Weise.

Die Werften verschweigt das Jahrbuch schon lieber ganz. Dort ist dasselbe Bild. Vor zwei Jahren noch war die Belegschaft von Blohm & Voß 12 000 Mann stark. Im vorigen Jahre belief sie sich auf 6000 Mann und heute arbeiten dort höchstens noch 1800 Mann, durchschnittlich aber nur drei Tage die Woche. Wo einst ohrenbetäubender Lärm die Nerven erschütterte — — — rastlos — — — unaufhaltsam Tag und Nacht, da hört man heute nur hier das vereinzelte Tackern eines Lufthammers oder dort das gleichmäßige Hämmern zweier Niete — — — sonst verliert sich alles auf dem riesigen Komplex von rostendem Material und öder, gähnender Leere. Trotzdem, überall da, wo gearbeitet wird, da wird getreten, getrieben, gehetzt im Takte der Rationalisierung einerseits und mit keuchendem Atem Blut geschwitzt in steter Furcht vor der Entlassung andererseits. Das ist nicht mehr der normale Takt der Arbeit, der gesunde Pulsschlag des Lebens — — — das ist die künstliche Wiederbelebung eines dem Tode geweihten Systems. Wenn der Arzt einem hoffnungslosen Patienten die letzte Kampferspritze verabfolgt, so fängt das Herz noch einmal an zu schlagen und die Pulse pochen noch einmal wieder heftiger und das Blut jagt noch einmal rascher durch die Adern — — — aber es ist ein künst-

liches Hämmern und Jagen, genau so anormal wie der ungesteuerte Pulsschlag der Arbeit zur Zeit im Hamburger Hafen. — — — In Waltersdorf und Griesenwälder liegen insgesamt über hundert Schiffe angebunden. — — — ausgeschaltet aus dem Verkehr — — — wo die deutsche Bevölkerung hungert nach den Produkten ferner Kontinente — — — und unsere Brüder in jenen Ländern bedürftig sind nach den Erzeugnissen unserer Arbeit und Technik. Und nicht umsonst nennt man diese Stätte, wo unsere wichtigsten Transportmittel träge dem Rost verfallen, den Schiffsfriedhof. Jahrelang stehen indessen die Seeleute auf den Heuerstellen und warten, warten und warten auf ein Schiff. — — —

Abends speit der Hafen sein Menschenmaterial wieder an die Küste. Auf den Ausgangsbrücken und Fähren häufen sie sich noch einmal zu lockeren Zügen, daß es beinahe den Eindruck macht, als wären es noch viele, aber schnell verlieren sie sich wieder in den Seitenstraßen der Hafenviertel, sammeln sich noch einmal vor den Zahlstellen des Hafenbetriebsvereins, wo der unzulängliche Lohn ausgezahlt wird und gehen dann ganz unter im Gewoge der Stadt.

Nachts blinken dann wieder die spärlichen Lichterchen jämmerlich vom jenseitigen Ufer herüber — — — die einst so belebten Hafenviertel sind tot und die Seemannskneipen leer. Vergebens warten die Gastwirte allabendlich auf den Seemann, der sie wieder rausreißen soll. Unter den Einrichtungsgegenständen versteckt kleben die Kuckucks des Gerichtsvollzieheramts. Keine Einnahme in der Ladenkasse — — — dafür aber liegen dort Zahlungsbefehle und Pfändungsurkunden. Drei Minuten entfernt aber, auf der Reeperbahn, haben die Vergnügungsstätten der Bourgeoisie, Alkazar, Trichter, Zillertal usw. überfüllte Häuser und brillante Tageseinnahmen. Dort wird sich noch amüsiert — — — noch einmal tanzt dort im letzten Rausche ihrer Macht die herrschende Klasse. Ein Totentanz.

Es gibt in den Hafenvierteln Lokale, deren hinteres Klubzimmer um diese Zeit noch überfüllt ist. Der Wirt verdient nichts — — — auch in seiner Ladenkasse sieht es nicht anders aus als bei seinen Kollegen. Kaum, daß sich einer der Anwesenden ein Glas Bier erlaubt. Aber es geht ihm in diesem Augenblick auch gar nicht darum, es geht um mehr. Denn in den Klubzimmern dieser Lokale, dichtgedrängt, sitzen wir, die Entrechteten, die Enterbten des Hamburger Hafens und fassen Beschlüsse von ungeheurer Tragweite. Wir beschließen die Einheitsfront aller Branchen des Hafenbetriebes und darüber hinaus aller Werkstätten überhaupt. Wir beschließen die Werbung der Angestellten und Einreihung aller geistigen Arbeiter in unsere Front. — — —

Wir beschließen — — — und führen jeden Beschluß durch.

Wir haben den Tod dieses Systems beschlossen! Wir haben unsere Befreiung beschlossen und den Bau einer neuen Welt.

Verworren dringt die Musik der Vergnügungsstätten an unser Ohr.

Totentanz.

Wir marschieren zielklar geradeaus ins Leben.

Spät leeren sich die Lokale in den Hafenvierteln. Autos mit Lärmenden fahren vorbei. — — —

Kampfgenossen drücken sich die Hand.

Steward.